1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 108 ERSCHEINT 14-TÄGIG 20. Mai 1985

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

TODESSTRAFEN

18.04.85	Mahmut Egimli, Ismail Türker, Bircan Bicer, Baki Üver, Ismet Erdogan Sie sollen einer 'zerstörerischen' (Separatistischen) Organisation angehören. Urteile erfolgten in Adana
16.05.85	Muharrem Karsli in Amasya Yeni Celtek-Verfahren

Seit der Ausrufung des Kriegsrechts Ende 1978 wurden in der Türkei 528 Todesstrafen verhängt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

04.05.85	7 Linke	in Istanbul
11.05.85	8 Linke	in Diyarbakir
14 05 85	14 Linke	in Diyarbakir

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6237 Fällen die Todesstrafe benatragt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 01.05.1985

Die Führer der TIKP bekamen zwischen 5 und 8 Jahren Haftstrafe

Das Verfahren gegen die Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei, TIKP, ging nun zu Ende. Nachdem der militärische Kassationsgerichtshof die Urteile der 1. Instanz in 14 Fällen aufgehoben hatte, wurde erneut vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara verhandelt. Dabei wurden die Strafen von dem Vorsitzenden Dogu Perincek und Hasan Yalcin von zuvor 14 Jahren auf 8 Jahre reduziert. Vier Angeklagte, deren Strafen zuvor 10 Jahre betragen hatte, bekamen dieses Mal ebenfalls eine 8-jährige Haftstrafe. Für 3 Angeklagte blieb die Strafe bei 8 Jahren. Fünf Angeklagte, deren Strafen zuvor 8 Jahre betragen hatte, bekamen dieses Mal eine 5-jährige Haftstrafe.
Das Gericht ordnete die Haftentlassung von Halim Spatar an, lehnte aber die Haftentlassung für Hüseyin Bülbül, Hüseyin Karanlik und Hasan Yalcin ab.

Cumhuriyet vom 02.05.1985

Die Angeklagten des Erdost-Verfahrens müssen erneut vor Gericht

Im Zusammenhang mit der Ermordung des Verlegers Ilhan Erdost im Militärgefängnis Mamak im Jahre 1980 wird nun erneut ein Prozeß gegen die 4 zu jeweils 10 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilten Soldaten erfolgen. Der militärische Kassationsgerichtshof hatte zunächst die Urteile bestätigt. Nun aber wurde auf Antrag des Angeklagten Sükrü Bag die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet, da neue Beweismittel vorliegen sollen.

Tercüman vom 04.05.1985

Die Mörder von 146 Personen vor Gericht

Das 6. Verfahren gegen die illegale Organisation Dev-Sol, die zur Errichtung einer kommunistischen Ordnung in der Türkei eine bewaffnete Bande gebildet hat und viele Aktionen durchgeführt hat, wurde nin in Istanbul eröffnet. Gegen 7 der 113 Angeklagten ist die Todesstrafe gefordert. Damit hat sich die Zahl der Angeklagten in Istanbul auf 1173 gesteigert. 284 von ihnen sollen mit dem Tode bestraft werden.
In den Anklageschriften der 6 verschiedenen Verfahren werden den Angeklagten 146 Morde, 134 Mordversuche, 116 Raubüberfälle, 189 Bombenattentate, insgesamt 801 Aktionen zur Last gelegt.
Die Angeklagten, die in dem gestrigen Verfahren sich weigerten, Einheitskleidung zu tragen, wurden nicht in den Vesammlungssaal gelassen. Nach der Aufnahme der Personalien verlas der Militärstaatsanwalt die Anklageschrift.

Tercüman vom 05.05.1985

Emine Senlikliogiu wurde zu 6 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus verurteilt

Vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul ging der Prozeß gegen die Autorin Emine Senlikliogiu zu Ende. Sie waren wegen Verstoßes gegen den Laizismus, § 163/3 des türkischen Strafgesetzes, angeklagt. Dieser Verstoß wurde durch das Gericht in dem Buch 'Sie haben den Glauben der Jugend mit Fragen gestohlen' gesehen. Neben der angeordneten Haftstrafe von 6 Jahren und 3 Monaten soll die Angeklagte später in Antalya für 2 Jahre und 1 Monat unter Polizeiaufsicht gestellt werden.

Tercüman vom 05.05.1985

Hasan Aksay wurde freigesprochen

Der ehemalige Staatsminister Hasan Aksay wurde vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul von dem Vor-

wurf, eines Verstoßes gegen den Laizismus freigesprochen. Der Angeklagte sagte, daß man ihm das Buch 'Iran, Iran' für den Druck vorbeigebracht habe und er den Druck veranlaßt habe, weil er das Werk informativ gefunden habe. Er habe damit keine weitere Absicht verfolgt. Das Gericht sprach daraufhin den Angeklagten frei.

Cumhuriyet vom 07.05.1985

Urteil im Yeni Celtek Verfahren heute

Das Verfahren gegen 901 Angeklagte aus der Kohlegrube Yeni Celtek soll heute vor dem Militärgericht in Amasya zu Ende gehen. In diesem Verfahren wird gegen den Vorsitzenden der DISK-Gewerkschaft Yeralti Maden-Is und weitere 27 Angeklagte die Todesstrafe gefordert.
In diesem Zusammenhang wurde auch das Urteil gegen den Hauptmann Atasoy Fitos, der die Ermittlungen in dem Yeni Celtek Verfahren geführt hatte, veröffentlicht. Er war beschuldigt worden, falsche Versprechungen gemacht zu haben, sich an Straftaten beteiligt zu haben. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß er von einem Angeklagten Geld angenommen habe, mit dem Versprechen, daß nicht gefoltert werde. Außerdem wurde festgestellt, daß er gemeinsam mit dem Direktor von Yeni Celtek eine Gesellschaft zur Förderung von Erzen gegründet hatte. Der Angeklagte wurde zu einer Strafe von 12 Jahren udn 6 Monaten verurteilt. Die gleiche Strafe erhielt Osman Nuri Gürsoy. Zwei weitere Angeklagte in diesem Verfahren wurden freigesprochen.

Tercüman vom 09.05.1985

Türkes fuhr mit seiner Familie in Urlaub

Der ehemalige Vorsitzende der aufgelösten MHP, Alparslan Türkes, kann nun nach einer Haftdauer von 4,5 Jahren zum ersten Mal wieder einen Urlaub mit seiner Familie genießen. Zusammen mit seiner Frau, seiner 9-jährigen Tochter und seinem 8-jährigen Sohn fuhr er nach Alanya. Von dort wird er nach Side fahren, wo die Familie einen einmonatigen Urlaub in einem Motel verbringen wird.

Milliyet vom 10.05.1985

Verfahren gegen Tantan

Gegen den einen der Stellvertreter des Polizeipräsidenten in Istanbul, Saadettin Tantan, wurde ein Verfahren vor dem 7. Strafgericht in Istanbul eröffnet. Ihm wird vorgeworfen, zwei Verdächtige in der Polizeihaft mißhandelt zu haben. Dafür soll er eine Strafe zwischen 3 Monaten und 3 Jahren bekommen.

Milliyet vom 10.05.1985

Diskussion über Folter im Parlament

Bei der Diskussion über das 'Reuegesetz' kam es im Parlament am vorgestrigen Tage zu einer heftigen Debatte. Die Diskussion entspann sich nachdem der HP-Abgeordnete aus Adana, Cüneyt Canver, sich gegen die Gesetzesvorlage ausgesprochen hatte. Er hatte dabei darauf verwiesen, daß nach der Denunziation von verschiedenen Organisationsangeörigen diese auch der Folter unterworfen würden. Daraufhin erfolgte aus den Reihen der ANAP-Abgeordneten ein Protest, daß es keine Folter gebe. Canver bestand aber darauf und führte ein Beispiel aus Beysehir an. Dort habe der Landrat eine Untersuchung angeordnet und dem Verdächtigen sei ein Polizeiknüppel in den After gesteckt worden. Dies wurde aus den Reihen der ANAP mit der Bemerkung, Einzelfall kommentiert. Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte Canver Bedenken, daß neben ästethischen Operationen in Zukunft vielleicht auch Änderungen des Geschlechts durchgeführt werden könnten. In jedem Falle aber würde die Folter nach dem neuen Gesetz noch zunehmen, meinte er.
Schließlich meldete sich der Justizminister Necat Eldem zu Wort. Er versuchte mit seinem Redebeitrag den Eindruck zu erwecken, daß dies eine Einzelmeinung sei. Er äußerte den Verdacht, daß die Rede von Cüneyt Canver nun im europäischen Ausland benutzt werden könne, um auf die Existenz von Folter in der Türkei hinzuweisen. Canver konterte mit der Bemerkung, daß Foltervorwürfe nicht zum ersten Mal von ihm, sondern schon vorher durch den ehemaligen Minister Arikan öffentlich im Parlament zur Sprache gekommen sei. Außerdem könne man nicht immer mit Rücksicht auf die Stimmung im Ausland die Tatsachen im Parlament verschweigen.

Cumhuriyet vom 10.05.1985

Urteil im Verfahren gegen Rizgari-Alarizgari

Im Verfahren gegen 56 Angeklagte der illegalen Organisationen Rizgari-Alarizgari wurde nun das Urteil vor dem Militärgericht des 7. Armeekorps verkündet. Der Anwalt Mümtaz Kotan wurde zu einer Strafe von 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. 21 weitere Angeklagte erhielten eine Strafe zwischen 8 Monaten und 10 Jahren Haft. 22 Angeklagte wurden freigesprochen. Bei 6 Angeklagten erkannte das Gericht auf Nichtzuständigkeit, die Verfahren von 5 Angeklagten wurden abgetrennt und das Verfahren von einem Angeklagten wurde eingestellt, da er in der Zwischenzeit verstorben war.
Das Rizgari-Alarizgari Verfahren mit 208 Angeklagten war am 30.06.1984 entschieden worden. Der militärische Kassationsgerichtshof hatte die Urteile gegen 56 Angeklagte zu ihren Gunsten aufgehoben. Die jetzigen Urteile sind in diesem Revisionsverfahren ergangen.

Tercüman vom 11.05.1985

Das Reuegesetz löst die Zungen

Im Zusatzverfahren wegen der Vorfälle im Südosten mit 19 Angeklagten, von denen gegen 8 die Todesstrafe gefordert wird, wurde mit der Befragung der Angeklagten fortgefahren. An der gestrigen Verhandlung nahmen 21 inhaftierte Angeklagte teil. Der Angeklagte Mustafa Cimen, gegen den 6 mal die Todesstrafe gefordert wird, legte ein umfassendes Geständnis ab. Er brachte zum Ausdruck, daß die Bevölkerung nichts von ihrem Kampf wissen wolle. Die PKK versuche, eine Generation zu vernichten, und damit eine tote Sache wieder zu beleben. Er schilderte im Einzelnen die Ausbildung in den Lagern der Palästinenser und die Aktionen in verschiedenen Dörfern. Er selber sei bei einer Aktion so schwer verletzt worden, daß er sich nicht mehr habe bewegen können. Die Kameraden hätten ihn dann mit einer Handbombe und einer Waffe zurückgelassen. Auf dem Weg in das Dorf sei ihm klar geworden, daß die Bevölkerung ihn dort nicht leben lassen werde. Er habe gehofft, daß die Gendarmerie ihn rettet. Er sei dann in ein Haus gegangen und dort aufgefordert worden, sich zu stellen. Von dort habe man ihn in das nächstgelegene Krankenhaus gebracht.
Als Grund für sein Geständnis gab er an, daß er zuvor geglaubt habe, daß die Türkei durch ein faschistisches Regime geführt werde. Er habe aber festgestellt, daß die Bevölkerung einen Kampf, wie er von der PKK geführt werde, nicht wolle. In Hunderten von Jahr n sei die Bevölkerung de Ostens mit der türkischen Gesellschaft

verschmolzen. Er habe nach seiner Verhaftung eingesehen, daß die Informationen, die man ihnen gegeben habe, nichts taugten. Er entschuldige sich bei den türkischen Offizieren, den Richtern und anderen Leitern der türkischen Republik.

Cumhuriyet vom 11.05.1985

Petition der Intellektuellen

Im Verfahren wegen der Petition der Intellektuellen wird der Militärstaatsanwalt am 7. Juni sein Plädoyer vor dem Mililärgericht Nr. 1 in Ankara halten. In der gestrigen Sitzung wurde als letzter Zeuge der Verteidigung der ehemalige Erziehungsminister Necdet Ugur vernommen. Er bezeichnete die Petition als konstruktives okument. Der Angeklagte Yalcin Kücük meldete sic zu "'ort und äußerte Einwände gegen die Art der Zeugenvernehmungen in Istanbul und Izmir. Sie seien nicht im Verfahren aufgenommen worden und sie und ihre Verteidig r hätten keine Gelegenheit gehabt, die Zeugen zu befrage. Außerdem seien diese Zeuge selber gefährdet gewesen, weil sie als Unterzeichner der Petition damit rechnen mußten, selber angeklagt zu werden. D s Gericht fragte den Angeklagte, ob er eine erneute Vernehmung der Zeuge fordere. Daraufhin sagte Yalcin Kücük, daß er darauf verzichte, weil dies bedeute, daß das Verfahren noch weiter hinausgezögert werde. Dami aber sei ve bunden, daß die A geklagten ihre bürgerlichen Rechte für eine weitere eit n cht in Anspruch nehmen könnten. Er möchte lediglich, daß das Gericht diese Tatsache bei der Urteilsfindung berücksichtige.
Der Prozeß wurde mit der Verlesung der kommissarisch vernommenen Zeugenaussage fortgeführt. Danach vertagte sich das Gericht auf den 6. Juni. An diesem Tage soll der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer halten.

Cumhuriyet vom 14.05.1985

Der Militärstaatsanwalt forderte 14 Todesstrafen

Vor dem Militärgericht in Diyarbakir begann der Prozeß gegen 16 Angeklagte, die an dem Vorfall on Cukurova in der Provinz Hakkari am 9.10.1984 beteiligt gewesen sein sollen. Der Militärstaatsanwalt fordert in seiner 13-seitigen Anklageschrift 14 mal die Todesstrafe. Nach der Aufnehmung der Personalien wurde die Anklageschrift verlesen. Der 1. Angeklagte sagte, daß er kein Mitglied der PKK sei. Er sei auch n cht an dem Vorfall der mit dem Tod von 8 Soldat n endete, beteiligt gewesen. Zwischen ihm und der Familie Olmez bestehe eine Blutrache. Desh lb hä ten sie gegen ihn ausgesagt. Das Verfahren wurde zur Vernehmung der übrigen Angeklagten auf den 16. Mai vertagt.

Cumhuriyet vom 14.05.1985

Gegen Cantürk und seine Freunde werden 8-15 Jahre Haft gefordert

Das Verfahren gegen den bekannten Mafiaboß aus der Unterwelt, Behcet Cantürk, und 25 Freunde wegen gemeinsamen Schmuggelgeschäften mit der PKK und PPKK begann vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1978 bis 1984 Mitglied der Arbeiterpartei von Kurdistan, PKK, und der avantgardistischen Arbeiterpartei von Kurdistan, PPKK gewesen zu sein und zwischen 100 und 500 Tausend türkische Lira gespendet zu haben. Behcet Cantürk wird außerdem vorgeworfen, im Jahre 1979 unter dem Nahmen der Kulturvereine des Ostens über Bulgarien insgesamt 500 Kaleschnikows in die Gegend von Batman gebracht zu haben.
In der Anklageschrift wird auf die Gründung der PKK folgendermaßen eingegangen. Zunächst habe es im Jahre 1974 die Gründung einer Partei mit Namen Demokratische Partei von Türkei-Kurdistan gegeben. Im Jahre 1977 sei dann die PKK gegründet worden. Damit diese Partei aber nicht mit der Partei der Apocus verwechselt werde, habe man den Namen dann in PKK/KIP verändert. Um sich schließlich gänzlich von den Apocus abzusetzen, sei schließlich der Name PPKK gewählt worden.
Wegen Verstoßes gegen die §§ 141, 171, 173 und 356 des türkischen Strafgesetzes, sowie Verstoßes gegen die Gesetze mit den Nummern 1402 (Kriegsrecht) und 6136 (Waffen) fordert die Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten Strafen zwischen 8 und 15 Jahren.

Cumhuriyet vom 16.05.1985

Urteil im Yeni Celtek Verfahren

Vor dem Militärgericht in Amasya ging das in der Öffentlichkeit als Yeni Celtek Verfahren bekannte Verfahren gegen 901 Angeklagte zu Ende. Gegen 29 der Angeklagten war die Todesstrafe gefordert worden. Das Gericht verurteilte 13 Angeklagte zum Tode. Bei 12 der Angeklagten wurde diese Strafe aber entweder in lebenslänglich, bzw. wegen Minderjährigkeit in drei Fällen zu jeweils 20-jähriger Haftstrafe verwandelt. Die Todesstrafe von Muharrem Karsli blieb erhalten. 20 weitere Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 15 und 20 Jahren verurteilt. 3 Angeklagte erhielten eine Strafe von jeweils 12 Jahren, 11 Angeklagte von jeweils 10 Jahren, 209 Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen 2,5 Monaten und 5 Jahren verurteilt. 474 Angeklagte wurden wegen Beteiligung an einem illegalen Streik zu Strafen zwischen 2,5 Monaten und 4 Jahren und 2 Monaten Haftverurteilt.
Der Vorsitzende der DISK-Gewerkschaft Yeralti Maden -Is, Cetin Uygur wurde in diesem Verfahren nicht bestraft. Sein Verfahren wurde abgetrennt und soll nun mit dem zentralen DISK-Verfahren in Istanbul verbunden werden. Gleichzeitig ordnete das Gericht die Haftentlassung in Verbindung mit diesem Verfahren an.
Bei 261 Angeklagten erfolgte ein Freispruch.

e) VERHAFTUNGEN, MORD ...

Tercüman vom 05.05.1985

5 Banditen wurden gefaßt

Die Kommandantur des Kriegsrechts und des 7. Armeekorps hat die Verhaftung von 5 Banditen und 13 Helfern bekannt gegeben. Aufgrund ihrer Vernehmungen steht fest, daß sie mit den Bandenmitgliedern, die den Überfall auf Eruh und Semdinli am 15.08.84 durchführten zusammengearbeitet haben. Sie sind außerdem für die Ermordung von 9 Frauen und Kindern am 8.11.84 im Dorf Karagecit verantwortlich.

Milliyet vom 04.05.1985

5 Soldaten gefallen

Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Sicherheitskräften und Angehörigen einer separatistischen Bande wurden im Dorf Geyikpinar in der Provinz Bitlis 5 Soldaten getötet. Von den separatistischen Banditen konnten drei tot und zwei lebendig festgenommen werden

Milliyet vom 05.05.1985

2 Separatisten wurden tot festgenommen

In der Provinz Siirt, Kreis Eruh wurden 2 Angehörige einer separatistischen Bande zusammen mit ihren Waffen tot festgenommen, nachdem sie sich mit den Sicherheitskräften in eine bewaffnete Auseinandersetzung eingelassen hatten.

Cumhuriyet vom 05.05.1985

Der Bürgermeister von Kanalga wurde erschossen

Der Vorsteher des Dorfes Kanalga in der Provinz Bitlis, Fahrettin Akbas, ist von drei bisher unbekannten bewaffneten Tätern erschossen worden. Von den Verantwortlichen wurde der Verdacht geäußert, daß es sich um einen Mord, aber auch um eine Blutrache handeln könne. Der Dorfvorsteher war auf dem Nachhauseweg von den drei bewaffneten Personen angehalten worden. Nach der Personenkontrolle seiner Begleiter wurde er von der Gruppe getrennt und erschossen.

Cumhuriyet vom 07.05.1985

2 Bandenmitglieder tot festgenommen

Bei einer Durchsuchung der Sicherheitskräfte kam es in Siirt zwischen den Sicherheitskräften und Angehörigen einer separatistischen Bande zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf zwei Bandenmitglieder tot festgenommen werden konnte. Ein dritter Bandit konnte verletzt entkommen.

Tercüman vom 09.05.1985

Schwester von Vural Arikan verhaftet

Die Schwester des ehemaligen Finanzministers Vural Arikan, Saadet Turgut Özkal (Arikan) wurde unter dem Verdacht, innerhalb des Vereins der fortschrittlichen Frauen (IKD) für die illegale TKP gearbeitet zu haben, verhaftet. Die 41-jährige Ingenieurin wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Tercüman vom 11.05.1985

Schießerei zwischen Polizei und Schmugglern

Im Kreis Islahiye der Provinz Gaziantep kam es zwischen Schmuggler und der Polizei, die sich als Käufer verkleidet hatte, zu einer bewaffneten Auseinandersetzung, in dessen Verlauf einer der Schmuggler tot, die anderen zwei verletzt festgenommen werden konnten.

Tercüman vom 13.05.1985

Ein Hauptfeldwebel und 2 Soldaten gefallen, 4 Terroristen getötet

Bei einer bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Bandenmitgliedern und den Sicherheitskräften in der Provinz Siirt wurden 3 Soldaten und 4 Terroristen getötet. Die Terroristen waren an den Vorfällen von Eruh und Karagecit beteiligt. Die Suche nach weiteren Bandenmitgliedern in diesem Gebiet geht weiter.

DER TOD VON FIKRI SÖNMEZ

Die türkische Presse hat nur in knappen Worten von dem Tod des 'Schneiders Fikri', wie der ehemalige Bürgermeister von Fatsa genannt wurde, berichtet. Lediglich Cumhuriyet erwähnt, daß er 47 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern war. Als unabhängiger Kandidat wurde er 1977 zum Bürgermeister gewählt. Bei der 'Punktoperation' am 11.07.1980 in Fatsa wurde er in Untersuchungshaft genommen. Später wurde er dann im Fatsa-Prozeß unter Todesstrafe angeklagt. Er soll dann an einem Herzversagen im Krankenhaus verstorben sein. Milliyet und Tercüman berichten, daß die Dorfbevölkerung von Kabakdagi, bei Fatsa den Leichnam nicht beerdigen wollten, weil sie keinen Staatsfeind unterbringen wollten. Erst als der Priester einen Pilger und andere Alte im Dorf fragte, ob es sich um einen Moslem handele und diese mit Ja antworteten sei die Beerdigung unter starken Sicherheitsmaßnahmen erfolgt.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 02.05.1985

Auf der Wache soll 24 Stunden ausreichen

Der Gesetzesentwurf, der eine Neuerung in Strafprozeßordnung erbringen soll, wurde gestern in dem Rechtsausschuß der Großen Nationalversammlung der Türkei, beraten und verabschiedet. In diesem Gesetzesentwurf werden in 87 Paragraphen verschiedene Geldstrafen angehoben, Darüberhinaus soll die Polizeihaft nicht länger als 24 Stunden dauern. Die Staatsanwälte sind aufgefordert, die Beweismittel zu verfolgen und in Abständen von 15 Tagen die Haft zu überprüfen.
Des weiteren sollen Prozeßunterbrechungen nicht länger als 30 Tage dauern. Zeitungen, die über nichtöffentliche Sitzungen berichten, sollen zu Geldstrafen zwischen 500000 und 2 Millionen Lira verurteilt werden. Zusätzlich werden auch Mißtrauensanträge gegen Richter neu geregelt.
In der Begründung für diesen Gesetzesentwurf heißt es, daß damit die Verfahren beschleunigt werden sollen.

Cumhuriyet vom 02.05.1985

Die Todesstrafe soll in lebenslänglich verwandelt werden

Der unabhängige Abgeordnete Sabri Irmak aus Konya hat einen Gesetzesentwurf bei dem Ministerpräsidium eingebracht, nachdem solche Todesstrafen, die von den Gerichten nicht einstimmig erfolgen, in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt werden sollen. Sollte dieser Gesetzesentwurf im Rechtsausschuß und dem Parlament eine Mehrheit finden, würden sich alle Strafbestimmungen, die eine Todesstrafe vorsehen in der Weise geändert, daß hier auch eine lebenslängliche Haftstrafe vorgesehen ist.

Milliyet vom 05.05.1985

In der Türkei wird es ein Gesetz geben, daß die Rotbrigadisten in die Knie gezwungen hat

Der Justizminister Necat Eldem hat sich zu dem Gesetz der Reue geäußert. Er sagte dazu, daß zuvor in Italien ein solches Gesetz erlassen worden sei und damit erfolgreich die Angehörigen der Roten Brigade bekämpft worden sind. In der Türkei hätten die Angehörigen von anarchistischen Vereinigung Angst um sich und ihre Angehörigen und würden es deshalb vorziehen zu schweigen. Wenn der Staat eine entsprechende Garantie gebe, könne das durchbrochen werden.
In Bezug auf ein Amnestiegesetz sagte er, daß erst einmal dieses Gesetz verabschiedet werden müsse. Dann

werde eine Kommission eingesetzt. Man könne aber nicht damit rechnen, daß ein Amnestiegesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet werde.

Tercüman vom 05.05.1985

Dauer der Polizeihaft auf 15 Tage reduziert

Die Vollversammlung des Parlaments hat einen Gesetzesentwurf verabschiedet, nachdem in dem Gesetz des Ausnahmezustandes mit der Nummer 1402 die Dauer der vorläufigen Haft von 30 auf 15 Tage reduziert wird. Nur in Fällen, in denen eine Vorführung der Verdächtigen bei der Staatsanwaltschaft innerhalb von 15 Tagen nicht möglich ist, soll die Dauer der Polizeihaft noch 30 Tage betragen dürfen.

Milliyet vom 08.05.1985

Die Polizeihaft wird nicht auf 24 Stunden reduziert

Es wurde mitgeteilt, daß Ministerpräsident Turgut Özal gegen eine Reduzierung der Polizeihaft von 48 auf 24 Stunden ist. Wie bekannt, wurde ein Gesetzesentwurf zur Veränderung der Strafprozeßordnung durch den Rechtausschuß der Großen Nationalversammlung der Türkei in der letzten Woche verabschiedet. In einem Gespräch von Ministerpräsident Turgut Özal mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Ali Dizdaroglu, und dem Abgeordneten Özgür Barutcu, der als ANAP Vertreter aus Diyarbakir für den Gesetzesentwurf verantwortlich zeichnet, hat Özal angeordnet, daß während der Abstimmung im Parlament ein Änderungsvorschlag unterbreitet wird, nachdem die Dauer der Polizeihaft weiterhin 48 Stunden betragen soll. Es wird damit gerechnet, daß in diesen Tagen über den Gesetzesentwurf beraten wird.

Tercüman vom 09.05.1985

2 Amnestiegesetze durchs Parlament verabschiedet

Die Vollversammlung der Großen Nationalversammlung der Türkei hat zwei Gesetze, das Gesetz der Reue und das der Amnestie für Devisenvergehen verabschiedet. Nach dem Gesetz zur Amnestie von Devisenvergehen, werden diese Personen nun nicht mehr mit Haftstrafen, sondern mit Geldstrafen belegt. Nach einer Übergangsbestimmung in dem Gesetz sollen jene Urteile der letzten Zeit nur in Bezug auf ihre Geldstrafen vollzogen werden.
Das Gesetz der Reue, daß bei Verstößen gegen die §§ 125 (Separatismus), 131, 141, 142 (Kommunismuspropaganda), 146 (gewaltsamer Umsturzversuch) und 163 (Verstoß gegen Laizismus) Strafminderungen vorsieht, wurde ebenfalls durch das Parlament verabschiedet. Demnach gehen solche Täter, die noch vor Eröffnung eines Ermittlungsverfahren über ihre Gruppe aussagen und zu deren Verhaftung beitragen, straffrei aus. Jene Verdächtige, die während der Ermittlungen bis hin zur Verkündung eines Urteils durch ihr Geständnis für die Bestrafung ihrer Mittäter sorgen, werden im Falle einer Todesstrafe mit 15 Jahren Haft, im Falle von einer lebenslänglichen Haftstrafe mit 10 Jahren Haft belegt. Sonstige Strafen werden jeweils um ein Viertel reduziert. In Verfahren, in denen die Urteile schon gesprochen wurden, haben die Verurteilte binnen 3 Monaten Gelegenheit, ebenfalls in den Genuß dieses Gesetzes zu kommen. Sie werden dann so behandelt, wie jene Täter, die nach Eröffnung der Ermittlungen ein Geständnis ablegen.

Cumhuriyet vom 09.05.1985

Die Einzelzellenhaft ist rechtskräftig geworden

In einer Revision des Gesetzes über den Strafvollzug wurde nun die Einzelhaft als Disziplinarstrafe im Gefängnis rechtskräftig. Demnach können Verstöße gegen die Ordnung im Gefängnis mit Einzelhaft bis zu 15 Tagen bestraft werden. Diese 15 Tage können mehrfach verhängt werden. Außerdem wird in diesem Gesetz auch geregelt, unter welchen Umständen den Gefangenen ein Urlaub gewährt werden kann.

Cumhuriyet vom 09.05.1985

Starke Kompetenzen für die Polizei

Dem Ministerpräsidium wurde ein Gesetzesentwurf übergeben, daß die Polizei mit erweiterten Kompetenzen ausstatten wird. Demnach können Telefone allein auf Anweisung des Gouverneurs abgehört werden. Die normale Dauer der Polizeihaft von 48 Stunden, bzw. 15 Tagen bei gemeinschaftlichen Taten kann in außergewöhnlichen Situationen auf das Doppelte heraufgesetzt werden. Nach dem Entwurf sollen Sondergefängnisse für Polizisten gebaut werden. Beamte, die wegen Mißbrauchs der Waffe angeklagt sind, sollen nicht in Untersuchungshaft genommen werden.
Die weiteren Kompetenzen sind folgende:

* Spitzel dürfen von der Polizei bezahlt werden Ihre Identität muß nicht preisgegeben werden.
* Bei Gefahr im Verzuge dürfen sie Verdächtige sofort festnehmen.
* Uniformiert oder in zivil können sie bei Vorfällen unittelbar eingreifen.
* Im Falle von Widerstand kann sie von der Waffe Gebrauch machen.
* Auf Befehl des Staatsanwaltes können Verdächtige für 15 Tage aus der Haft genommen werden, um weitere Verdächtige zu identifizieren.

Cumhuriyet vom 15.05.1985

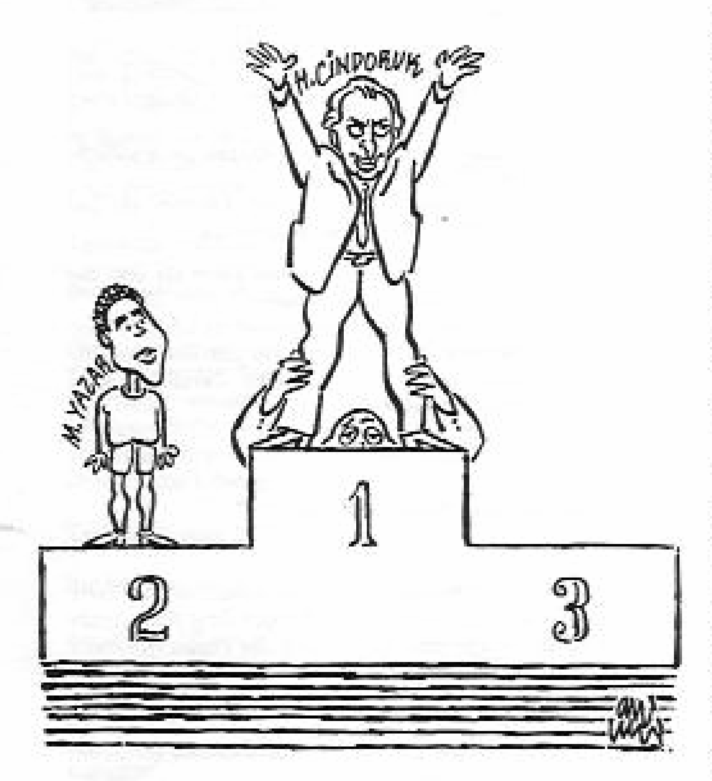
Es geschah, was ein 'Wissender' sagte

Vorbemerkung:
Nachdem auf dem Kongreß der Vaterlandspartei ANAP die Liste des Ministerpräsidenten Turgut Özal sich durchgesetzt hatte, wurde das Augenmerk der Presse nunmehr auf den Kongreß der außerparlamentarischen Oppositionspartei 'Partei des Rechten Weges', DYP gerichtet. Die Kandidatur des ehemaligen Kammervorsitzenden Mehmet Yazar erregte dabei hauptsächlich die Gemüter. Man wat gespannt, wie die Führung der Partei darauf reagieren würde. Unter dem Namen ein Wissender' war immer wieder von der Einstellung des ehemaligen Vorsitzenden der AP, Süleyman Demirel, die Rede. Da er unter Politikverbot steht, durfte er sich nicht öffentlich zu den Ereignissen äußern. In der gleichen Zeit bekam übrigens sein früherer Kontrahent Bülent Ecevit eine ähnlich klingende Bezeichnung durch die Presse. 'Ein Wissender' (bir bilen) stand 'einem Spalter' (bir bölen) gegenüber, denn die Gründung der Demokratischen Linken (DSP) geht eindeutig auf das Konto von Ecevit.
Eine Zeitlang war im Kampf um die Parteiführung neben dem alten Vorsitzenden Yildirim Avci nur Mehmet Yazar zu sehen, der als Vertreter der Industrie von einigen Leuten als Konkurrent für Turgut Özal gesehen wurde (so u.a. die Journalistin Nazli Ilicak). Später kam dann der alte Parteifreund von Demirel, Hüsamettin Cindoruk, hinzu. Er hatte eine Zeitlang als Provinzvorsitzender der AP für Istanbul unter Politikverbot gestanden. Nun aber zu dem Zeitungsbericht.

Die Kandidatur von Cindoruk wurde durch 59 Provinz-

vorsitzende der DYP unterstützt, während die Kandidatur von Yazar durch die Provinzvorsitzender von 17 Provinzen unterstützt wurde. In dem Knongreß saßen Yildirim Avci, Hüsamettin Cindoruk und der Ex-Außenminister Ihsan Sabir Caglayangil nebeneinander. Als Mehmet Yazar den Sall betreten wollte, versuchten einige Anhänger von Cindoruk ihn daran zu hindern. Erst auf die Bemerkung, daß unbedeutende Personen nichts bewirken können, wurde er hineingelassen. Ebenso große Schwierigkeiten hatte Nazli Ilicak, als sie auf der Pressetribüne Platz nehmen wollte. Mit der Unterstützung von 59 Provinzen war die Entscheidung eindeutig für Cindoruk gefallen.

Anm.: In verschiedenen Kolumnen machen die Kommentatoren darauf aufmerksam, wie unsinnig ein Politikverbot ist, wenn sich in der Praxis beweist, daß sich die alten Politiker doch mit ihrer Meinung durchsetzen. Inwieweit die DYP ihre Oppostionsrolle noch stärker ausbauen kann, bleibt abzuwarten.



Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 02.05.1985

Die Deutschen finden die Hilfe in Höhe von 400 Millionen Mark zu hoch

Die Türkei fordert von der Bundesrepublik Deutschland eine Militärhilfe in Höhe von 400 Millionen Mark. Diese Forderung der Türkei wurde den Mitgliedern der Verteidigungskommission des Bundestages übermittelt. Die Kommissionsmitglieder halten sich zur Zeit wegen einer Reihe von Gesprächen in Ankara auf.
Wie zuständige Kreise in Ankara mitteilen, wurde bei den Gesprächen mit den Mitgliedern der Verteidigungskommission zum Ausdruck gebracht, daß die Hilfe der Bundesregierung in Höhe von 130 Millionen Mark zu gering sei, um die Ausgaben der türkischen Streitkräfte zu decken. Deshalb wurde eine Zusatzhilfe in Höhe von 400 Millionen Mark gefordert. Die türkische Seite führte der deutschen Kommission aus, welche Bedarfsartikel die geforderte Hilfe umfassen wird.
Die bundesrepublikanischen Parlamentarier erklärten im Gegenzug, daß die türkische Seite die Liste der Bedarfsartikel zu breit angelegt habe. Sie gaben zu verstehen, daß es nicht möglich sei, die Forderung der Türkei im vollen Umfang zu bewilligen. Die Parlamentarier versprachen aber, alles Mögliche zu tun, damit ein Teil der türkischen Hilfeforderung erfüllt wird.

Milliyet vom 03.05.1985

"Die Türkei kann bei den Operationen der Schnellen Eingreiftruppe eine Rolle im Hintergrund spielen"

Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk hält sich zur Zeit in Washington auf und führt mit amerikanischen Verantwortlichen Gespräche. In einem Interview, das er der Türkei-Sektion der BBC gab, erklärte er, daß die Türkei die Forderungen, im Nahen Osten die Aufgabe einer Schnellen Eingreiftruppe zu übernehmen, nicht akzeptieren werde. Sollten aber die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland als schnelle Eingreiftruppe eingesetzt werden, so sei die Türkei als NATO-Land bereit, diese Lücke zu füllen.
Yavuztürk führte aus, daß die Türkei ihre Rolle, im Nahen Osten den Frieden zu schützen, nur im Rahmen der NATO und im Falle der Gefährdung der für Europa wichtigen Erdölquellen übernehmen würde.

Milliyet vom 11.05.1985

Der Stützpunkt auf Kreta wird nach Marmaris verlegt

Es wird geplant, die wichtigste Anlegestelle der sechsten Flotte der USA im Mittelmeer von Kreta nach Köycegiz-Marmaris zu verlegen. Dieser Plan wurde in Washington ausgearbeitet und wird 1988, nachdem der Stützpunktvertrag zwischen Griechenland und den USA ausgelaufen ist, in die Tat umgesetzt. Dieses Thema wird während der Stützpunktverhandlungen zwischen der Türkei und den USA Ende 1985 zur Sprache kommen.

Cumhuriyet vom 14.05.1985

Ankara sagte der internationalen Kommission für Foltervorwürfe 'Nein'

Fünf europäische Länder, die bei der europäischen Menschenrechtskommission gegen die Türkei einen Prozeß angestrengt haben, schlugen vor, eine internationale Kommission zur Untersuchung der Foltervorwürfe zu gründen. Ankara hat diesen Vorschlag abgelehnt. Ferner wird in Ankara darüber debattiert, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Beziehungen der Türkei zu Europa wieder in Ordnung zu bringen. An der Debatte nehmen Regierungssprecher und Parlamentarier teil.

Cumhuriyet vom 15.05.1985

Eine kritische Phase in den Beziehungen zum IWF

Ministerpräsident Özal konnte sich zum ersten Mal mit dem IWF nicht einigen. Die Experten des IWF an der Spitze der Chef der Türkei-Abteilung, Goeffrey Tyler, reisten nach dreiwöchiger verhandlung ab, ohne

The Middle East, May 1985: GET RICH QUICK (Turkey survey)

Although exports have reached record levels, there are problems with public spending, inflation and unemployment, reports Ronnie Margulies.

In 1984, Turks spent 82 billion lira ($164 million) on games of chance: 23 billion on Spor Toto (the football pools), 25 billion on horse-racing and 34 billion on the national lottery.

As inflation (over 50 per cent) quickly erodes savings, and the economic policies of Prime Minister Turgut Özal continue to eat into living standards, get-rich-quick schemes have become more attractive. The man in the street has been counting more on luck and less on the government's success.

Perhaps more seriously for Özal, the International Monetary Fund is also worried about the Turkish economy. Early in March, an IMF team headed by Geoffrey Tyler, the fund's Turkey desk chief, was in Ankara for two weeks.

The Turkish government, which negotiated a one-year standby agreement worth SDR225 million ($216 million) in April last year, was hoping to sign a fresh agreement worth SDR255 million ($229 million).

Talks were reported to have been strained, with the IMF particularly unhappy about the government's growing budget deficit and falling revenues from taxation. The government was reportedly asked to find means of increasing tax revenues and bringing public spending under tighter control.

This might well mean a downward revision of the annual growth target of 5.5% for 1985 and serious cutbacks in several major public sector projects.

Should the IMF insist on these measures, the Özal government's domestic credibility would take a severe knock. Impressive growth in gross national product has been one of the weapons with which Özal could beat back growing criticism from sections of the business world (*see Table 1*).

The 1985 target is lower, as it is, than the 5.7% growth estimated to have been achieved last year. To lower the target further would certainly cause Özal political headaches.

Cutbacks in public-sector projects, on the other hand, are likely to lead to serious economic problems, as well as political embarrassment.

It is not just that some of these projects, such as the second bridge over the Bosporus and the massive Atatürk dam in the south-east, are valuable showpieces. The more pressing problem is the continuing failure of the economy to generate a respectable rate of investment.

In 1984, fixed capital investments amounted to only 18 per cent of GNP – the lowest this ratio has fallen in 10 years (*see Table 2*). What is important is that the public sector accounted for 59 per cent of total investment, and it seems unlikely that a reduction in this would be made up by the private sector.

Leading businessmen have not been slow in noting the problem. Explaining that private-sector investments "registered only a minimal 7.5 per cent increase" last year, Sakip Sabanci, chairman of the giant Sabanci Holding, wrote, "It is true that these figures are not too optimistic. But they do show that there was some investment activity in 1984 despite an unfavourable climate."

Mild and cautious as these words are, the investment figures bode ill both for the present and the future.

As present, as Sabanci puts it, "Unemployment still remains a source of worry." Official statistics, which are widely accepted to be gross underestimates, put unemployment at 16.5 per cent. Even by this figure, which has grown steadily since 1980, over three million people are now out of work.

One reason for the private sector's reluctance to invest is the prohibitively high cost of borrowing money. Rates of interest as high as 80 to 90 per cent were meant to help Özal beat the roaring inflation of the late 1970s.

Businessmen were willing to pay the price as inflation came down spectacularly in 1982, to around 30 per cent. But it was not to last.

As Ali Kocman, until recently chairman of the influential Turkish Industrialists' and Businessmen's Association, has said, "The most unfortunate and disturbing development in 1984, perhaps, was the steep rise in prices and the likelihood that it will gain momentum."

Kocman's fears seem well founded: the rate of inflation, around 50 per cent in 1984, reached 12 per cent in the first two months of this year; if that figure is sustained, the rate for the year could again be high.

Now it is both high interest rates and inflation that businessmen are concerned about. Sabanci has complained that "no relief is in sight for the expensive rate of borrowing on the domestic market".

The prime minister can still boast, however, that "As an outcome of our determined struggle, exports have reached a record level, exceeding $7 billion." Indeed, export orientation presents an impressive record (see *Table 3*).

Turkey's exports more than doubled between 1980 and 1984. While this achievement is not to be belittled, the overall foreign-trade picture gives less cause for jubilation.

While Turkish exports grew by 24.5 per cent in 1984, the trade deficit refused to be dented: it too rose by over three per cent.

Behind these figures lie some disconcerting facts. Turkish exporters owed their success, to a great extent, to generous government incentives in the form of tax rebates and cheap credit.

These extensive subsidies have provoked the United States and several Western European countries to retaliate with restrictions on their imports from Turkey.

Recently, the threat of a US tariff of 17 per cent on Turkish textiles forced the government to abolish its subsidies to that sector. As export-promotion measures continue to be whittled down, it remains to be seen whether exporters can meet the greater challenge.

It is important for the economy as a whole that they prove equal to this task. Successful servicing of Turkey's $22 billion foreign debt depends as much on their performance as on the continuing goodwill of the IMF.

Given the problems the Turkish economy is facing, flourishing relations with other Middle Eastern economies assume an importance well beyond considerations of Islamic solidarity.

As Özal pointed out at the first meeting of the Standing Committee for Economic and Commercial Co-operation of the Organisation of the Islamic Conference (OIC) in Istanbul late last year, Islamic countries account for $400 billion of foreign trade each year. Only 7 per cent of this is realised among themselves. "There is a very favourable environment for developing our trade relations," said Özal.

And it is not just trade. Özal reported: "In the field of industry, joint investments, enterprises and increased co-operation between banks have been advocated." ●

Anyone catching a plane between Ankara and any of the Middle Eastern capitals over the past year stood a good chance of flying in distinguished company. Government traffic has been heavy, with well over 30 visits at the presidential, prime ministerial and ministerial level.

Since last April, President Evren has visited Saudi Arabia and will be visiting the United Arab Emirates this month. Prime Minister Özal has been to Iran, Libya, Iraq and Saudi Arabia. Ankara has, in turn, played host to the president of the UAE, the Iranian prime minister and the emir of Qatar, among others.

Many Turkish ministers have been accompanied on their visits by large trade delegations. Özal's trip to Saudi Arabia in March was a good example. The prime minister took with him four ministers and a delegation of 34 businessmen, bankers and contractors.

The talks were headed on the Saudi side by First Deputy Premier Crown Prince Abdullah Ibn Abdel-Aziz, and "economic relations" were reported to be at the top of the agenda.

As Sarik Tara, chairman of Enka Holding and a member of the delegation, said: "We hope that these talks will lead to greater opportunities being created for Turkish businessmen here. Economic relations between our two countries will expand as a result."

Enka already has about one billion rials ($278 million) worth of contracts, and 5,000 workers, in Saudi Arabia.

Table 1
GNP growth rates (1968 prices) (%)

1979	-0.4	1982	4.6
1980	-1.1	1983	3.2
1981	4.1	1984	5.7

Source: State Institute of Statistics, Ankara

Table 2
Fixed capital investments (as % of GNP)

1979	21.8	1982	18.9
1980	19.5	1983	18.0
1981	18.9	1984	18.0

Source: State Planning Organisation, Ankara

By the end of the six-day visit, Sabanci Holding had signed a lucrative contract to export bottled drinking water to Saudi Arabia. Sezai Türkes & Fevzi Akkaya (ST&FA), one of the largest Turkish contractors, had successfully bid for the construction of the Mecca sewerage system.

This venture now joins other Turkish projects in Mecca, such as ST&FA's contract to build the Muna tunnels, Bimbol's construction of the inner ring-road tunnels, Kiska's rainwater drainage system and Koray's contract to erect the Forum International Hotel.

In all, Turkish contracting companies have about $4.5 billion worth of construction contracts in Saudi Arabia.

The seven official visits between Turkey and Saudi Arabia over the past year reflect a relationship which has been flourishing in every respect. There are now over 100 Turkish companies active in the kingdom. Legal barriers to the ownership of land and real estate in Turkey have been abolished for Saudi citizens.

In 1984, over 200,000 Saudi tourists, who no longer need visas, visited Turkey, compared to 60,000 in 1982. Turkish Airlines and Saudia each fly four times a week between the two countries, and additional flights were reported to be among the topics discussed at the talks in March.

The past year has also seen Turkey nurturing its relations with both Iraq and Iran. In the five-year-old Gulf war both sides have been concerned to preserve Turkey's goodwill.

For its part, the Ankara government has been scrupulous in its position of neutrality and pragmatism.

The Gulf war has turned Iraq and Iran into Turkey's second and third largest export markets, exceeded in importance only by West Germany. Both markets have scope for expansion. Turkey is unlikely to do anything which might endanger this opportunity or curtail crude oil supplies from either country.

In fact, in recent visits by Iraqi and Iranian statesmen, discussion of the Gulf war has been played down, while a series of trade agreements and joint economic schemes have been signed.

Even the Iraqi attack on the Turkish tanker *Büyük Han* in the Gulf last summer was not allowed to mar the subsequent visit to Ankara by Iraq's First Deputy Premier Taha Yassin Ramadan.

Table 3
Foreign trade (million dollars)

	1980	1981	1982	1983	1984
Exports	2,910	4,703	5,746	5,728	7,134
Imports	7,416	8,933	8,842	9,235	10,757
Deficit	4,506	4,230	3,196	3,506	3,623

Source: State Planning Organisation, Ankara

It was announced during the visit that agreement had been reached to build a second oil pipeline for Iraqi crude, to run parallel to the existing one between Kirkuk and Yumurtalik on the Mediterranean coast. A joint scheme to build an oil refinery in Turkey was also announced.

Ramadan's visit was counterbalanced by the arrival in Ankara of Iranian Prime Minister Hussein Mousavi earlier this year. Accompanied by a large trade delegation headed by Heavy Industry Minister Behzad Nabavi, Mousavi signed an agreement which paved the way for the export of Turkish cigarettes, salt, sugar, tea, automobiles and tractors to Iran.

The construction of a natural gas pipeline from Iran to Turkey was also reportedly discussed.

This lively diplomacy between Turkey and the rest of the region not only reflects Turkey's outstanding success in expanding its Middle East trade. It is also a sign of recent problems in this area and represents a vigorous attempt to solve them.

The success is impressive indeed. In 1979, Turkey's exports to the Middle East amounted to less than $350 million and constituted 14 per cent of total exports. In a mere five years, sales to the region increased almost ten-fold.

In 1984, the Middle East accounted for 40 per cent of Turkish exports. Particular successes were scored in Iran, where exports increased by over one-third in 1983, and Iraq, where they increased by a similar proportion in 1984.

These very areas of success, however, also show how volatile foreign trade can be. In 1983, exports to Iraq fell by almost 50 per cent. The following year it was Iran's turn with a fall of about a quarter.

On the whole, the progress of the early 1980s seems to be tailing off. The figures have been disappointing for two years now, as a result of belt-tightening in the troubled economies of the region (*see Table 4*).

In 1983, exports to Turkey's four main markets – Saudi Arabia, Iran, Iraq and Libya – stagnated. Last year, too, the figures failed to show a marked improvement. While the share of the Middle East in Turkey's exports registered a slight decline, the OECD's share rose to over 50 per cent.

Turkish businessmen were quick to express their worries about this trend. Cemil Atkay, general manager of Tekfen Foreign Trade, wrote, "The shrinking of Middle East markets, which started in late 1983 and worsened in 1984, will have its real effect in 1985." He urged an intensified search for new markets.

Similarly, Tuna Ucansu, general-secretary of the Foreign Trade Association, warned that "the markets in Iran and Iraq are reaching the exhaustion limits. In Saudi Arabia, Egypt, Jordan and Algeria, however, the export potential has not yet been sufficiently exploited. It is there that we need to redirect our efforts". ■ ■ ■

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen turkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

eine Einigung zu erzielen.
Bei den letzten Verhandlungen mit dem IWF konnte über die zu setzenden Ziele keine Enigung erzielt werden. Die Türkei konnte dem IWF keine Absichtserklärung für das Jahr 1985 im Rahmen eines Stand-by-Abkommens geben. Es wurde jedoch vereinbart, daß die IWF-Experten in drei Monaten wieder die Türkei besuchen.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 06.05.1985

Der Lohnabhängige wird inzwischen auch vom IWF bemitleidet

Die Lage der Arbeiter und Angestellten wird inzwischen auch vom IWF bemitleidet. Die IWF-Experten wiesen darauf hin, daß in den letzten acht Jahren die Lohnkosten in der Gesamtkostenrechnung bis auf 10% zurückgefallen sind. Bei privaten Gesprächen sagten sie, daß eine weitere Lohnsenkung kein Mittel zur Inflationsbekämpfung sei.

Cumhuriyet vom 11.05.1985

Die Lohnkosten nehmen einen winzig kleinen Platz ein

Die letzten Berichte beweisen zur Genüge, daß der IWF mit seiner Feststellung Recht hatte, als er sagte, daß eine weitere Lohnsenkung keine Lösung für die Inflation sei. Bei den Berichten zu den staatlichen Wirtschaftsbetrieben wird die Lohnkostenfrage seit 1978 beleuchtet und gezeigt, daß die Lohnkosten federleicht geworden sind, nachdem die Preiserhöhungen Überhand gewonnen haben und die Gürtel so eng geschnallt wurden, bis es nicht mehr ging.



Anteil der Lohnkosten im Produktionswert der staatlichen Betriebe

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Turkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenzioser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den turkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Turkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hurriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, turkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minutige 'Gastarbeiter'sendung, taglich

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TURKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekundigt, so verlangert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bunde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig